

Protokoll der Sitzung der Bezirksfraktion der GAL Eimsbüttel

17.04.2011 10.00 Uhr

Anwesend: Stefanie Könnecke, Roland Seidlitz, Thorsten Büchner, Nadine Neumann, Gabriela Küll, Fabian Klabunde, Marion Klabunde, Gülnur Can, Anna Gallina, Simone Hentze-Orlikowski, Volker Bulla

Vorsitz: Simone Hentze-Orlikowski und Roland Seidlitz

Protokoll: Nadine Neumann

TOP 1: Ausbau Eidelstedter Zentrum

Stefanie berichtet, dass sie voraussetzt, dass niemand der Fraktionäre für den Ausbau des Eidelstedter Centrums Bäume fällen möchte, die Fraktion jedoch den Ausbau befürworten. Mit der SPD müsse man an dieser Stelle Gespräche führen, damit man sich auf eine einheitliche Position verständigen kann.

Volker wendet ein, dass das Planungsverfahren bereits weit fortgeschritten ist, sodass eine Änderung der GAL Position mitunter problematisch werden könnte.

TOP 2: Organisatorisches:

Die Fraktion beschließt, dass Gabriela den Vorsitz im Ausschuss für Frauen, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit übernimmt und Reiner Scholz angefragt werden soll, ob er den Vorsitz im Ausschuss für Bildung, Integration und Sport übernimmt. Sollte er dieses nicht wollen oder sollte die GAL Fraktion einen dieser Vorsitze nicht erhalten, dann soll Andrea Wist gefragt werden, ob sie den Vorsitz im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Kultur übernehmen möchte.

Die Fraktion beschließt außerdem, dass Gülnur Sprecherin für Gleichstellung wird.

TOP 3: Hoheluft:

Roland berichtet, dass der alte Baustufenplan für den Bereich des geplanten Hoheluftkontors wieder gültig ist. Der Investor hat bereits einen Bauantrag gestellt, sodass bereits die Genehmigungsfrist von 3 Monaten läuft. Nach dieser wird der Antrag nahezu automatisch genehmigt. Das beantragte Bauvorhaben widerspricht nahezu komplett dem Willen der Bürgerinitiative. Gebaut werden soll ein fünfstöckiges Haus mit 3 Staffelgeschossen, welches Wohnungen für Menschen mit Behinderungen und Studenten beherbergen soll. Damit die Rechtslage und der Handlungsspielraum der Fraktion geklärt wird, wird die GAL-Fraktion eine Anfrage stellen, welcher von Roland und Volker zusammen vorbereitet wird. Außerdem soll auf diesem Wege Öffentlichkeit hergestellt

werden, damit von Seiten der Bevölkerung nicht der Vorwurf aufkommt, dass diese Entscheidung „hinter geschlossenen Türen“ getroffen wurde. Marion spricht sich dafür aus, dass der Bürgerwille gewahrt werden soll. Thorsten meint, dass eine Evozierung praktisch wäre, da so die Verantwortung nicht mehr beim Bezirk liegt und die Fraktion sich nicht politisch positionieren müsste. Gabriela meint, wir müssen diesen Konflikt durchstehen. Stefanie regt an, dass die Fraktion, falls die Baugenehmigung erteilt wird, den barrierefreien Ausbau für die U-Bahn Station Hoheluft fordern sollten. Diese Forderung sollte auch Bestandteil des Koalitionsvertrags sein. Roland antwortet darauf, dass die Station bereits 2012-2013 umgebaut werden soll. Außerdem würde der Kleingartenverein 2 Grundstücke öffentlich zugänglich machen, damit an dieser Stelle öffentliches Grün erhalten bleibt. Volker meint, dass die Fraktion darauf drängen sollte, dass der Prozess ergebnisoffen ist. Eine breite öffentliche Beteiligung könnte durch ein B-Plan Verfahren geschaffen werden. Dabei ist es wichtig, dass es sich um kein vorhabenbezogenes Verfahren handelt, sondern um ein offenes Planungsverfahren. Zudem muss planrechtlich darauf geachtet werden, dass durch die geplante Nutzung der Wohnungen, es sich um eine gewerbliche Nutzung handeln könnte und die Flächen als Gewerbeflächen ausgewiesen werden und nicht als Wohnungsbau. Dies soll überprüft werden.

Nach längerer Diskussion beschließt die Fraktion, dass sie sowohl eine Anfrage zu diesem Thema stellen wird, als auch ein B-Plan Verfahren beantragen wird. Roland wird Kontakt mit der SPD aufnehmen.

TOP 4 Stellungen:

Auf Grund von technischen Problemen wird dieser TOP auf die Fraktionssitzung am 21.04.2011 vertagt.

TOP 5 Ortsämter:

Die finanzielle Situation des Bezirks lässt es nicht zu, dass alle drei Ortsämter weiter betrieben werden können. In der vergangenen Legislatur gab es die Überlegung, dass Ortsamt Stellingen zu schließen. Man könnte das Ortsamt Stellingen und das Ortsamt Niendorf auf der Fläche zwischen dem NDR und Hagenbeck zusammenlegen. Allerdings hat das Ortsamt Stellingen eine identitätsstiftende Funktion. Man müsste überlegen, wie das alte Stellingener Rathaus alternativ genutzt werden könnte. Da eine Schließung des Ortsamts jedoch nicht von den Bürgern gewollt wird, wird Roland zunächst einen Antrag auf mehr Personal für das Ortsamt Stellingen stellen.

TOP 6 Vorbereitung des 30.4:

Roland stellt das geplante Verfahren vor. Demnach sollen die FachsprecherInnen der jeweiligen Gebiete sich bereits vorab in Verbindung setzen, um strittige Punkte herauszuarbeiten, die gemeinsam beim Workshop diskutiert werden sollen. Volker ergänzt, dass es nicht die Aufgabe der FachsprecherInnen ist, die einzelnen Politikfelder bereits im Vorfeld komplett zu verhandeln, jedoch sollen die Punkte, über die gesprochen werden soll, herausgearbeitet werden.

Fabian merkt an, dass man noch weitere zugewählte Bürgerinnen und Bürger hinzu ziehen sollte, da sich ansonsten ein Ungleichgewicht zwischen der Teilnehmeranzahl der SPD und der GAL entwickelt und die Fraktion alleine nicht in der Lage ist, alle parallel verlaufende Workshops zu besetzen. Außerdem ist bis jetzt noch unklar, wie die Ergebnisse gesichert werden. Volker erklärt, dass die FachsprecherInnen gleichzeitig die Sitzungsleitung übernehmen sollen. Allerdings müssen sie keine neutrale Moderationsrolle einnehmen, sondern dürfen sich inhaltlich einbringen.

Zur Vorbereitung sollte außerdem jeder noch einmal den Kernbündnisvertrag lesen und die offenen Vorhaben in seinem Arbeitsfeld herausarbeiten.

Die Aufteilung der Fraktionäre in die einzelnen Workshop-Gruppen:

Ausschuss für Verkehr: Fabian, Stefanie und Dominik

Ausschuss für Grün, Umwelt- und Verbraucherschutz: Marion, (Viktor/Jérôme)

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Frauen und Gleichstellung: Anna, Andrea, Marcel

Ausschuss für Bildung, Integration und Sport: Gülnur, Andreas und Reiner

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Kultur: Simone, Volker Garrel, (Gabriela Albers)

Ausschuss für Stadtplanung: Roland, Volker

Die zusätzlichen TeilnehmerInnen sollen der SPD übermittelt werden.

Folgende Themen sollen in den separaten Politikfeldern in den Koalitionsvertrag eingebracht werden:

Kultur: Stefanie berichtet, dass dieser Bereich mit der SPD unstrittig ist.

Umwelt: Thorsten spricht an, dass er sich vor allem auf den Bereich Biotoprichtlinien konzentrieren wird. Des Weiteren wird er versuchen, die ökologische Parkpflege voran zu bringen. Hier könnte ein Gutachten nach dem Beispiel des Gutachtens „Mehr Vielfalt in Altonas Parks“ weiterhelfen. Des Weiteren möchte Thorsten den Masterplan Fledermäuse vorantreiben und dafür Sondermittel (100.000 Euro) verwenden. Eventuell könnte man die Lärmschutzmittel verwenden. Außerdem soll die Rahmenzuweisung für Straßenbäume erhöht werden und die roten Restmüllsäcke sollen durch weitere Sammelbehälter reduziert werden.

Im Bereich Lärm sollen die Ziele, die in den Lärmforen festgeschrieben wurden, weiter verfolgt werden. Insbesondere der Lärm der Kieler Straße soll verringert werden. Auch wenn es sich hier um eine Landesstraße handelt, sollte sie Bestandteil des Koalitionsvertrags sein. Volker ergänzt, dass der Lärmschutz der A23 beachtet werden sollte. Außerdem sollte ein Nachtfahrverbot für LKW für die Kieler Straße eingefordert werden.

Simone regt einen P&R Parkplatz für die Haltestelle Niendorf Nord an. Zum Thema Parken berichtet Marion vom Berliner Modell. Allerdings müsste es hierfür eine Leitlinien des Senats geben. Volker meint, dass Anwohnerparken sowohl für die Anwohner, als auch für die Gewerbetreibenden eine gute Lösung ist.

In Bezug auf die Stadtplanung werden die wichtigen Projekte folgende sein: Eidelstedter Center, Autobahndeckel, Potentialflächen Analyse, Flächenumwandlung Gewerbe in Wohnungsbau,

Im Politikfeld Soziales wird es um die soziale Stadtteilentwicklung gehen, da diese auf die Bezirke übertragen werden soll. Außerdem muss man eine Lösung für den Umgang des Wegfalls der 1-Euro Jobs finden, da die Stadtteilkultur und die Stadtteilentwicklung auf 1-Euro-Jobber angewiesen sind.

Im Bereich Gesundheit möchte Gabriela, dass Eimsbüttel vom Pakt für Prävention profitiert.

Marion möchte, dass Frauenpolitik im Koalitionsvertrag behandelt wird. Anna möchte sich mit dem Thema Frauenhäuser in Eimsbüttel auseinandersetzen.

Simone wird sich vor dem 30.4 noch detaillierter mit dem Thema Wirtschaft beschäftigen.

TOP 7 Grüne Leitlinien:

Fabian wünscht sich, dass innerhalb der Bezirkspolitik eine grüne Handschrift sichtbar wird. Nadine berichtet von der Vereinbarung zwischen SPD und GAL in Altona, dass die GAL in Bezug auf Landesthemen eine oppositionelle Haltung annehmen darf und das Behörden/Senatstermine immer gemeinsam wahrgenommen werden sollen. Volker meint, dass innerhalb einer Koalition Konflikte offen ausgetragen werden dürfen. Insbesondere durch die geplante intensive Nachverdichtung werden Konflikte zwischen Erhalt von Grün und Bauvorhaben entstehen. Volker regt daher an, dass wir vor der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags die Liste mit Potentialflächen prüfen, um abschätzen zu können, welche Konflikte in der nächsten Legislatur auf uns zukommen. Anna regt außerdem an, neue Grünflächen in Eimsbüttel zu schaffen und Fabian ergänzt, dass Bäume, die in Eimsbüttel gefällt werden, auch in Eimsbüttel nachgepflanzt werden sollen. Thorsten führt das Thema

weiter aus und meint, dass die Ausgleichspflanzungen definiert werden müssen. Werden für private Bauvorhaben Bäume gefällt, dann sollen diese im öffentlichen Raum nachgepflanzt werden. Marion wendet ein, dass dies in Bezug auf das Naturschutzrecht schwierig ist, da die Wertigkeit des vernichtenden Grünes wiederhergestellt werden muss – sprich, wenn ein Wald abgeholzt wird, dann muss dieser auch wieder gepflanzt werden - und das ist in Eimsbüttel schwierig. Außerdem merkt sie an, dass die Bezirksämter in Bezug auf die Ausgleichsmaßnahmen eine schlechte Bilanz aufweisen. Thorsten meint darauf hin, dass die Ämter dafür kein Personal haben. Er wird das Thema Ausgleichsmaßnahmen für den Koalitionsvertrag vorbereiten.

Nadine Neumann

27.04.2011